

10 Annan fordert China zu stärkerem UN-Engagement auf

UN-Generalsekretär Annan hat zum sechsten Mal während seiner Amtszeit die VR China besucht. Auf dem Programm des fünftägigen Aufenthalts standen unter anderem der Besuch eines Öko-Dorfes und eines Testzentrums für HIV, sowie des „Peace Keeping Training Centre“ in Langfang. China hat unterdessen viel Mühe auf die Auswahl von 125 Polizeioffizieren verwandt, die als Teil der UN-Mission nach Haiti entsandt werden sollen. Die Truppe wurde aus Einheiten von vier Großstädten ausgesucht und erhielt ein dreimonatiges Spezialtraining für den Einsatz. Seit 1999 hat China bereits bei einem halben Dutzend UN-Missionen Polizisten gestellt, der Einsatz in Haiti ist aber insofern ein Novum, als hier eine völlig selbständige chinesische Einheit operieren wird, mit eigener Logistik und Kommandostruktur. Das chinesische Engagement ausgerechnet in Haiti ist erstaunlich, zumal der Inselstaat eines der wenigen verbleibenden Länder ist, die mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhalten.

Annan lobte die Qualitäten des chinesischen Militärs und forderte die Volksrepublik zu verstärktem Engagement bei Peace-keeping-Missionen auf. Staatssekretär Tang Jiaxuan sagte bei einem Treffen mit Annan zu, China werde in Zukunft eine aktivere Rolle in der UNO spielen und sich stärker am Peace-keeping beteiligen. Yang Huanning, stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit, äußerte gegenüber Annan, China werde sich darum bemühen, mehr Personal für entsprechende Einsätze zu schulen. (ST, 1.10.04; XNA, 12.10.04) -mb-

11 Chinesische Geisel in Pakistan getötet

Beim Versuch pakistanischer Sicherheitskräfte, zwei entführte chinesische Ingenieure aus der Gewalt der Geiselnnehmer zu befreien, ist eine der Geiseln ums Leben gekommen. Die beiden Männer hatten an einem Dammprojekt gearbeitet, welches eine chinesische Gesellschaft ausführt. Der Damm befindet sich in einer von der Zentral-

regierung nur unzureichend kontrollierten Gegend, im Süden von Waziristan. Dort sind über 35.000 pakistanische Soldaten in Aktionen gegen islamische Extremisten eingesetzt. Das Gebiet gilt als möglicher Aufenthaltsort von Bin Laden. Die Entführer haben Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk und werden angeführt von Abdullah Mehsud, einem Talibanführer, der erst im März aus Guantanamo entlassen worden war. Beijing hat daraufhin Washington aufgerufen, bei der Entlassung von „ostturkistanischen“ Verdächtigen aus der Haft in Guantanamo Vorsicht walten zu lassen. Ursprünglich forderten die Kidnapper die Freilassung aller Ausländer durch die Pakistanische Regierung, forderten später aber nur noch freien Abzug. Alle Geiselnnehmer kamen bei der Erstürmung ihres Unterschlupfes um, Mehsud war aber nicht unter ihnen.

Nach der Entführung wurden die Arbeiten am Damm einstweilen eingestellt; die chinesische Seite fordert verbesserte Sicherheitsbedingungen. Unter den etwa 350 Beschäftigten ist die Sorge vor weiteren Entführungen groß.

Das Geiseldrama hat in der chinesischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit und Anteilnahme erregt. Die überlebende Geisel wurde bei der Landung in Beijing von Hu Jintao persönlich am Flughafen begrüßt. In Internetforen wurden vereinzelt Stimmen laut, die das chinesische Engagement im Anti-Terrorkampf an der Seite der USA für den Vorfall verantwortlich machten. (ZXS, nach BBC PF, 29.10.04; *The News* website, nach BBC PF, 18.10.04; XNA, 18.10.04; SCMP, 11., 14., 15.10.04; WSJ, 12.10.04; PTV World, nach BBC PF, 14.10.04) -mb-

Innenpolitik

12 Gesellschaftliche Unruhen in verschiedenen Landesteilen

Im Laufe des Oktober und frühen November häuften sich Meldungen über soziale Unruhen und Gewaltkonflikte

aus mehreren Regionen Chinas. Für einige westliche Medien war dies Anlass, vor einer politischen Destabilisierung zu warnen und um die Sicherheit ausländischer Investitionen in dem Lande zu bangen. Derartige Befürchtungen einer auf breite Bevölkerungsgruppen übergreifenden Protestwelle scheinen derzeit unbegründet, da sich auch die jüngst bekannt gewordenen Unruhen keineswegs gegen das politische System als solches bzw. gegen die parteistaatliche Führung richten. Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, handelt es sich vielmehr um lokal begrenzte Protestaktionen zur Durchsetzung partikularer Interessen, die sich in der Regel gegen spezifische Missstände und die dafür verantwortlichen Akteure vor Ort richten. Für eine überregionale organisatorische Vernetzung zur Erreichung übergeordneter politischer Ziele hingegen findet sich bislang kaum Evidenz, wenn eine solche Möglichkeit für die Zukunft auch nicht von der Hand zu weisen ist und von der parteistaatlichen Führung in China als ein besorgniserregendes Szenario durchaus diskutiert wird.

Die zahlreichen Meldungen über Unruhen in verschiedenen Landesteilen Chinas weisen auf eine große Bandbreite von Konfliktursachen und Auslösern für die teilweise gewaltsam ausgetragenen Proteste. Ein generelles Problem bei der Analyse der Konfliktfaktoren ist die hochgradige Intransparenz lokaler Ereignisse, die durch die nach wie vor sehr restriktive Informationspolitik begründet ist. So werden meist unmittelbar nach Bekanntwerden sozialer Unruhen von lokalen oder zentralstaatlichen Instanzen Nachrichtensperren verhängt. Angesichts moderner Medien wie dem Internet oder SMS-Kurznachrichten sowie der Vernetzung mit Hongkonger und internationalen Medienberichterstatern sind diese Nachrichtensperren zwar nicht vollständig effektiv, bewirken aber in der Regel ein erhebliches Informations-„Rauschen“, das teilweise zu großen Schwankungen in den Zahlenangaben (Zahl der Protestierenden, der eingesetzten Sicherheitskräfte, Verhaftungen, eventueller Opfer von Gewaltkonflikten etc.) und zu stark variierenden Schilderungen des Ereignishergangs führt. Entsprechend lassen sich auch die Konfliktverläufe

der jüngsten Unruhen nur grob rekonstruieren:

1. Am 18. Oktober hatten sich an einer privaten Streitigkeit zwischen Passanten im Distrikt Wanzhou auf dem Verwaltungsgebiet der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing im Südwesten Chinas schwere Unruhen entzündet, die in gewaltsame Ausschreitungen gegen die kommunale Regierung mündeten. So weit den Meldungen zu entnehmen ist, waren die Unruhen dadurch entstanden, dass ein Lastenträger auf einem städtischen Obstmarkt in Wanzhou mit seiner Tragestange eine Frau am Kopf verletzt hatte, woraufhin ihr Mann eingriff, um Wiedergutmachung zu fordern. Unmittelbarer Auslöser für die Unruhen scheint das Verhalten des Mannes gewesen zu sein, der sich als Funktionär ausgab und mit dieser angeblichen „offiziellen“ Autorität androhte, jemanden zu „bezahlen“, um Vergeltung an dem Lastenträger zu üben. Diese Androhung wurde von Umstehenden offenbar als typische Anmaßung interpretiert, wie es einem weit verbreiteten Bild korrupten bzw. mafiosen Verhaltens unter Partei- und Regierungsfunktionären entspricht. In dem entstandenen Massenauflauf wuchs sich daraufhin der Unmut über den Vorfall zu kollektiven Antikorruptionsprotesten aus, die innerhalb weniger Stunden gewaltsame Formen annahm. So weit bekannt, wurden Polizeifahrzeuge umstellt und in Brand gesetzt; zum Abend hin zogen aufgebrachte Massen vor das Gebäude der Distriktregierung, in das einige schließlich gewaltsam eindringen, bis sie von Sicherheitskräften entfernt wurden. Eskalierend scheint dabei der Einsatz von über 1.000 Polizisten, verstärkt durch Einheiten der dem Militär unterstellten Bewaffneten Volkspolizei gewirkt zu haben, die unter anderem Tränengas und Plastikgeschosse einsetzten, um die Proteste zu unterbinden. In der Bilanz sollen über 10.000 (einzelnen Angaben bis zu 40.000) Menschen an den Protesten beteiligt gewesen und zahlreiche Personen verletzt worden sein, darunter
- mehrere Dutzend der eingesetzten Sicherheitskräfte; ebenfalls mehrere Dutzend Personen sollen verhaftet worden sein. Der überraschende „Massen-Zwischenfall“ (*quntixing shijian*, so der einschlägige chinesische Begriff) soll von der parteistaatlichen Führung in Beijing mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen worden sein; so sei angeordnet worden, dass hochrangige Parteivertreter nach Wanzhou reisten, um vor Ort für eine möglichst rasche Befriedung des Aufruhrs zu sorgen.
2. In der letzten Oktoberwoche kam es in mehreren Dörfern im Kreis Zhongmou zwischen den Städten Zhengzhou und Kaifeng in der zentralchinesischen Provinz Henan zu schweren Unruhen zwischen Han-Chinesen und Angehörigen der muslimischen Bevölkerungsgruppe der Hui. Die Hui gelten mit landesweit rund 8,3 Mio. Vertretern (ca. 1 Mio. in der Provinz Henan) formal als „nationale Minderheit“, unterscheiden sich aber weder ethnisch noch linguistisch, sondern einzig durch ihre religiöse Zuordnung und die darauf zurückgehenden sozialen und kulturellen Merkmale von den Han-Chinesen. Über den Auslöser des Konflikts wurden in internationalen Medien zahlreiche Varianten kolportiert; darunter fanden sich vage Informationen über einen Verkehrsunfall, bei dem ein 6-jähriges Han-chinesisches Mädchen von einem Taxifahrer der Hui verletzt worden sein soll, Gerüchte über einen Streit zwischen Han- und Hui-Kindern sowie Hintergrundberichte über eine langjährige Rivalität zwischen lokalen Fuhrunternehmen. Im Gefolge soll es zu gewaltsamen Konflikten zwischen den Bewohnern mehrerer Dörfer gekommen sein, die mehrheitlich von Han-Chinesen bzw. Hui bewohnt werden. Verschiedenen Meldungen zufolge soll es im Laufe der mehrtägigen, teilweise noch bis in den November hinein anhaltenden Ausschreitungen, während derer der Ausnahmezustand über die involvierten Dörfer verhängt worden sein soll, zwischen 7 und 148 Todesopfer und zahlreiche Verletzte gegeben haben. Internationale Medienberichte neigten dazu, die Unruhen als ethnisch-religiös motivierten Gewaltkonflikt zu deuten und die hohe Organisationsfähigkeit und Aggressionsbereitschaft der muslimischen Hui herauszustellen. Hier mag es sich um eine vor dem Hintergrund globaler Konfliktlinien verzerrte Deutung lokaler Auseinandersetzungen handeln, die in erster Linie auf sozioökonomische Konflikte zurückzuführen sein dürften. Die bevölkerungsreiche und im strukturellen Umbruch befindliche Provinz Henan gilt allgemein als „Armenhaus“, wo es im Zuge der Reformperiode zu erheblichen sozialen Verwerfungen gekommen ist. Als religiöse Minorität sind die Angehörigen der Hui darüber hinaus spezifischen sozioökonomischen und kulturellen Diskriminierungen ausgesetzt, die die Spannungen zu einem wesentlichen Teil erklären könnten.
3. Ebenfalls Ende Oktober ereigneten sich im Kreis Hanyuan in der südwestchinesischen Provinz Sichuan schwere Unruhen, als Bauern gegen Zwangsumsiedlungen und unzureichende Entschädigungszahlungen bei der staatlichen Enteignung ihrer landwirtschaftlichen Flächen für ein geplantes Staudammprojekt am Dadu-Fluss protestierten. Von dem Pubugou-Staudammprojekt, das der Gewinnung von Wasserkraft dienen soll, sollen bis zu 100.000 Bauern in insgesamt 40 Gemeinden aus drei umliegenden Kreisen der Provinz Sichuan betroffen sein. An den Protesten selbst haben sich unterschiedlichen Berichten zufolge zwischen 10.000 und 100.000 Menschen beteiligt. Sie versammelten sich an der Baustelle und versuchten, eine Aufhebung der Sperrung des Dadu-Flusses zu erzwingen. Bis zu 10.000 Angehörige der Bewaffneten Volkspolizei sollen eingesetzt worden sein, um die Massenproteste aufzulösen, die vor dem Hintergrund verbreiteter Korruptionsvorwürfe gegen lokale Funktionäre zu gewaltsamer Eskalation geführt hatten. Auch in diesem Fall war von mehreren Toten und Verletzten auf beiden Seiten die Rede. Illegale bzw. willkürliche Zwangsenteignungen, Zwangs-

umsiedlungen von Agrarland und mangelnde Kompensationszahlungen waren in den vergangenen Wochen und Monaten wiederholt Anlass für bäuerliche Protestaktionen kleineren Ausmaßes auch in anderen Landesteilen gewesen, so in den Provinzen Hebei, Anhui und Shaanxi.

4. In verschiedenen Provinzen wurden in den vergangenen Wochen außerdem mehrere Arbeiterproteste kleineren Umfangs verzeichnet. So weit bekannt ist, waren bereits Mitte September 6.000 Arbeiter einer Textilfabrik in der Stadt Xianyang in der Provinz Shaanxi in den Ausstand getreten, um gegen einen von der kommunalen Regierung geplanten Verkauf ihres Betriebs an einen Hongkonger Konzern zu protestieren. Der Streik, der unter anderem mit der Blockade einer wichtigen Eisenbahnstrecke verbunden war, dauerte über sieben Wochen bis Ende Oktober an, als mehrere Verhaftungen die Streikenden zur Aufgabe zwangen. In Xi'an, der Provinzhauptstadt von Shaanxi, blockierten Arbeiter eines Staatsbetriebs im Oktober für mehrere Wochen einen zentralen Busbahnhof der Stadt. In Bengbu in der Provinz Anhui sollen bis zu 10.000 Pensionäre für die Erhöhung ihrer knappen Renten protestiert haben, die angesichts steigender Preise für den Lebensunterhalt nicht mehr ausreichen.

Vielen der Unruhen scheint ein gemeinsames Muster kollektiver Protestaktionen zugrunde zu liegen. Wie etwa Thomas Bernstein von der Columbia University anhand einer mehrjährigen Untersuchung ländlicher Unruhen in China konstatiert hat, stellen die Protestaktionen in den meisten Fällen Reaktionen auf unliebsame Entscheidungen, mangelhafte Politikimplementierungen oder Willkürakte lokaler Beamter dar, die den Unmut oder Zorn der Bevölkerung erregen. Anliegen der Proteste ist dabei nicht eine Kritik am politischen System selbst oder eine Herausforderung der parteistaatlichen Führung. Vielmehr zeigen sich die Protestierenden typischerweise bemüht, ihre Protestaktionen dadurch zu legitimieren, dass sie sich explizit oder implizit auf Regeln, Verordnungen

und programmatische Politikziele der zentralen Führung berufen. Bezeichnend ist etwa die jüngste Häufung von bäuerlichen Protesten gegen lokale Missstände im Zusammenhang mit Zwangsenteignungen von Agrarflächen für gewerbliche oder staatliche Infrastrukturprojekte wie zuletzt in Sichuan, Hebei, Anhui und Shaanxi. Die Protestierenden rekurrieren damit auf das Thema illegaler oder irregulärer Enteignungen von Landwirtschaftsflächen, deren Bekämpfung die neue Führungsspitze unter Hu Jintao und Wen Jiabao seit 2003 – nicht zuletzt durch entsprechende Revisionen der Verfassung im März 2004 – höchste politische Priorität eingeräumt hat. Ähnliches gilt auch für Proteste gegen lokale Korruptionsskandale, die im Selbstverständnis der Protestierenden an die zentrale Politik der Korruptionsbekämpfung anknüpfen.

Die nicht untypische Beteiligung von mehreren Zehntausend Menschen, die Blockade von Eisenbahnlinien und anderen wichtigen Verkehrsstrecken sowie nicht zuletzt die Aggressionsbereitschaft gegenüber lokalen Autoritäten erklären sich vor diesem Hintergrund zum Teil als Taktik der „Lautverstärkung“, um in Beijing Gehör für das vor Ort erlittene Unrecht zu finden. Der übliche Einsatz von Großaufgeboten der Polizei und anderer repressiver Instrumente durch lokale Akteure, der anfänglich oft auch dadurch motiviert ist, die Kritik an lokalen Missständen im Keim zu ersticken und gewissermaßen vor der Zentralregierung zu vertuschen, trägt zur immer wieder beobachtbaren Gewalteskalation bei. Ihrem kollektiven Aktionsmuster nach zielen viele der lokalen Proteste damit auf einen „Schulterschluss“ mit der zentralen Führung gegen illegale oder Willkürakte lokaler Autoritäten ab. Als solche lassen sie sich in der Regel auch lokal eindämmen, indem übergeordnete Instanzen zur Befriedung der jeweiligen partikularen Forderungen der Protestierenden einschreiten und Kompromisslösungen anbieten. In gewisser Weise der Logik und Dynamik von Tarifkonflikten in korporatistisch geprägten politischen Systemen vergleichbar, scheint vielen Protestaktionen, die zunächst den Eindruck spontan hochkochenden Volkszorns erwecken, häufig ein rationales Motiv kalkulierten Risi-

kos zur Durchsetzung partikularer Interessen zugrunde zu liegen. Die Anreize für eine überregionale organisatorische Vernetzung mit anderen Protestaktionen scheinen vor diesem Hintergrund gering. Insbesondere gab es bislang kaum Anzeichen für Koalitionen zwischen ländlichen und städtischen Protestierenden, deren Interessen in der Regel stark differieren. Eine solche Entwicklung kann für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, scheint gegenwärtig aber wenig wahrscheinlich.

Mit der Ausrichtung ihrer politischen Programmatik an den Interessen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen bewegt sich die neue parteistaatliche Führung allerdings auf einer sensiblen Gratwanderung zwischen einem „Empowerment“ breiterer Bevölkerungsteile, die sich zur Einforderung der ihr zugesagten Rechte ermutigt sehen, und einem kurzfristigen Rückgriff auf restriktive Maßnahmen, sobald diese Forderungen zu entgleisen drohen. So wurde ebenfalls im Oktober bekannt, dass die Propagandaabteilung des ZK der KPCh die unter staatlicher Aufsicht befindlichen Medien des Landes angewiesen habe, bis auf Weiteres nicht mehr über Fälle illegaler oder irregulärer Enteignungen von Grund und Boden zu berichten. Offenbar hatte die prominente Berichterstattung zu diesem sensiblen Thema in den staatlichen Medien insbesondere seit Beginn 2004 eine Flut lokaler Protestaktionen ausgelöst. Aus Sicht der parteistaatlichen Führung haben die Proteste allmählich offenbar ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht, nachdem betroffene Gruppen über den Sommer und Herbst verstärkt auch in die Hauptstadt Beijing reisten, um dort vor den zuständigen Behörden für ihre Anliegen zu demonstrieren. (RMRB, 29.10.04; XNA, 28.10.04; Zhongguo Xinwen She, 20.10.04, nach BBC PF, 21.10.04; SCMP, 7., 18., 21., 26., 27., 29.10.04; *Ming Pao*, 20.10.04, nach BBC PF, 21.10.04; *Ping Kuo Jih Pao*, 8.10.04, nach BBC PF, 9.10.04; ST, 8.10.04; WSJ, 6.10.04; *New York Times*, 2.11.04; Reuters AlertNet, 20.10.04; Kyodo News Service, 27.10.04, nach BBC PF, 29.10.04; *The Economist*, 6.11.04; *Monde*, 5.11.04; *Die Zeit*, 4.11.04; *Spiegel* online, 1.11.04; FAZ, 21.10., 2.11.04; taz, 2., 3.11.04; Thomas Bernstein, „Unrest

in Rural China: A 2003 Assessment“, <http://repositories.cdlib.org/csd/04-13>) -hol-

13 Neue Bestimmungen zum Schutz der Rechte von Parteimitgliedern

Als eine erste Konkretisierung der ZK-Resolution zur „Stärkung der Regierungskapazität der Partei“ vom September 2004 hat die Parteiführung Ende Oktober neue „Bestimmungen der KPCh zum Schutz der Rechte von Parteimitgliedern“ vorgelegt. Das am 25. Oktober publizierte Dokument ersetzt eine vorläufige Fassung der Bestimmungen aus dem Jahr 1995. Wie die staatlichen Medien herausstellten, liegt das Hauptgewicht der neuen Fassung auf der Verwirklichung „innerparteilicher Demokratie“, der in der jüngsten ZK-Resolution große Bedeutung für die Stärkung der Regierungskapazität der Partei zugemessen wurde (vgl. C.a., 2004/9, Ü 7).

Die neuen Bestimmungen regeln in insgesamt 38 Artikeln allerdings nicht nur die Rechte, sondern widmen sich im selben Zuge auch den Pflichten der Parteimitglieder. So wird einführend in den Allgemeinen Grundsätzen – analog zur Verfassung der VR China – neben dem Prinzip der „Gleichheit aller vor der Parteidisziplin“ auch das Prinzip der „Einheit von Rechten und Pflichten“ festgeschrieben.

Im zweiten Abschnitt werden die „demokratischen Rechte“ der Mitglieder der KPCh einzeln benannt. Dazu gehören das Recht auf Teilnahme an Sitzungen der verschiedenen Parteigremien, auf Lektüre relevanter Parteidokumente, auf Teilnahme an parteiinternen Diskussionen, auf die Formulierung von Empfehlungen, Vorschlägen und Kritik an parteipolitischen Inhalten, Parteiorganisationen oder anderen Parteimitgliedern bis hin zur Forderung nach der Absetzung von Parteikadern bei nachgewiesenem Fehlverhalten, das Recht zur aktiven und passiven Wahl, das Recht auf Selbstverteidigung bei Anschuldigungen gegen die eigene Person sowie schließlich das Recht, bei Verletzung der eigenen Rechte durch Dritte übergeordnete Parteiinstanzen anzurufen.

Auffällig erscheint dabei zum einen, dass dem einzelnen Parteimitglied bei

der Ausübung der meisten genannten Rechte ein direkter Durchgriff bis auf die höchste Ebene der Parteiführung gewährt wird. So regelt etwa Artikel 12, dass ein Parteimitglied, das einer Entscheidung oder Politik der Partei nicht zustimmt, seine Bedenken gegenüber Parteiorganisationen auf übergeordneten Ebenen „bis hinauf zum ZK der Partei“ artikulieren kann, „vorausgesetzt, dass er die betreffende Entscheidung oder Politik konsequent implementiert“ – Partizipation und Kritik an der Parteipolitik ja, Blockade bei deren Umsetzung nein, so lässt sich die zugrunde liegende Logik zusammenfassen. Zum anderen fallen die Einschränkungen auf, die für die Teilnahme an parteiinternen Diskussionen oder die Artikulation von Kritik aufgestellt werden: Zwar berechtigt Artikel 7 alle Parteimitglieder, sich auf Parteisitzungen sowie in Zeitungen und Zeitschriften der Partei an Diskussionen zur Parteipolitik und zu parteitheoretischen Fragen zu beteiligen und „seiner Meinung vollen Ausdruck zu geben“; zugleich aber wird gefordert, dass die sich Parteimitglieder dabei „bewusst in einer Linie mit dem ZK der KPCh zu bewegen haben und keine Standpunkte und Kommentare artikulieren dürfen, die den grundlegenden Theorien, Leitlinien, Programmen und Erfahrungen der Partei widersprechen“. Weiter regelt Artikel 9, dass Kritik an Parteiorganisationen oder anderen Mitgliedern in „verantwortlicher Weise“ zu erfolgen habe, und verbietet, kritische Informationen „willkürlich zu verbreiten oder zu zirkulieren, die Tatsachen übertrieben oder verzerrt darzustellen oder gar falsche Tatsachen zu erfinden und falsche Anschuldigungen zu machen“. Damit erscheint die Artikulation parteiinterner Kritik auch weiterhin als ein persönliches Risiko, das der Betreffende sehr wohl abwägen muss.

Der dritte Abschnitt mit der Überschrift „Sicherungsmaßnahmen“ widmet sich im Wesentlichen den gleichen Fragen, allerdings aus der Perspektive der Ausübung besagter Rechte als einer „Pflicht“ der Parteimitglieder. Hier werden die Führungsgremien und verantwortlichen Kader auf allen Ebenen verpflichtet, die regelmäßige Teilnahme der Parteimitglieder an einschlägigen Sitzungen, die Lektüre parteiinterner Dokumente, die For-

mulierung von Empfehlungen, Vorschlägen und Kritik etc. sicherzustellen. Begründete Kritik an Organisationen und Mitgliedern, die zur Aufdeckung von Problemen führten, solle belohnt, „unverantwortliche“ Kritik hingegen bestraft werden. Wichtige parteipolitische, personelle und disziplinarische Fragen müssten durch parteiinterne Abstimmungen entschieden werden. Dabei gelte es mittels adäquater Abstimmungsverfahren (mündlich, per Handzeichen, per Stimmzettel) zu gewährleisten, dass die Meinungen der abstimmenden Parteimitglieder angemessen reflektiert würden. Abweichende Meinungen gelte es zu respektieren; falls in bestimmten Fragen erheblicher Dissens fortbesteht, müssten weitere Konsultationen innerhalb der Partei stattfinden und ein neuer Abstimmungstermin anberaumt werden. Bei Abstimmungen und Wahlen gelte, die ordnungsgemäße Durchführung sicherzustellen und Manipulationen jeder Art zu verhindern.

Schließlich fordern die neuen Bestimmungen, jegliche Verletzung von Rechten der Parteimitglieder zu ahnden, und legen Zuständigkeiten und Verfahrensstandards für parteiinterne Disziplinarmaßnahmen fest. Insbesondere sollten ländliche und städtische Basisorganisationen der Partei sicherstellen, dass die Rechte migrierender Parteimitglieder angemessen geschützt werden (Artikel 27). Diese Regelung scheint dem Umstand geschuldet zu sein, dass Parteimitglieder nach einem Wechsel ihrer beruflichen Tätigkeit – sei es durch die Migration ehemals ländlicher Arbeitskräfte in die Städte oder durch den Wechsel von einem staatlichen in ein Privatunternehmen – in ihrem neuen Arbeitsverhältnis oftmals nicht mehr als solche erfasst werden. Ziel ist es offenbar, solche „Karteileichen“ als aktive Parteimitglieder zurückzugewinnen und ihr Engagement für die Sache der Partei gerade auch in Einheiten des privaten Sektors zu stärken, in denen der Einfluss der KPCh im Sinken begriffen ist.

Im Fazit scheinen die neuen Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Parteimitglieder nicht nur auf die Realisierung „innerparteilicher Demokratie“, sondern mindestens ebenso sehr darauf abzuzielen, die Mitglieder der KPCh stärker als bisher in die Pflicht zu nehmen, um die weiterhin bean-

spruchte Führungsrolle der Partei personell und organisatorisch ausfüllen zu können. Insgesamt scheint die parteistaatliche Führung in ihren jüngsten Verlautbarungen und Maßnahmen auf dem Gebiet politischer Reform keineswegs eine Liberalisierung des politischen Systems anzustreben. Vielmehr scheint das Ziel zu sein, die Effizienz parteistaatlicher Herrschaft und insbesondere die Implementierung zentral gefasster parteipolitischer Entscheidungen auf lokaler Ebene zu erhöhen, die personellen und organisatorischen Grundlagen der Partei zu verbessern und die Kontrolle über wichtige Teile der Wirtschaft und Gesellschaft zu verstärken.

In die gleiche Richtung wiesen zuletzt auch andere Aktivitäten der KPCh-Führungsspitze. So forderte KPCh-Generalsekretär Hu Jintao seit Anfang Oktober wiederholt, die Rolle von Kadern an der gesellschaftlichen Basis noch stärker zu entfalten. Ihnen käme eine zentrale Bedeutung für die Stärkung der Regierungskapazität der Partei zu, da sie an der ländlichen und städtischen Basis in unmittelbarem Kontakt mit der Bevölkerung stünden und über die Implementierung der parteipolitischen Ziele entschieden. Im Stile traditioneller Modell-Kampagnen priesen Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao das großartige Exempel eines gewissen Zhou Guozhi, der sich als Kader an der gesellschaftlichen Basis in selbstloser Aufopferung für die Belange der Massen eingesetzt habe. Ein eigens geschaffenes „Team zum Lernen von Zhou Guozhis fortschrittlichen Taten“ soll in den kommenden Wochen und Monaten verschiedene Landesteile bereisen, um dort entsprechende Vorträge vor Basiskadern zu halten. Auf einer Politbürositzung am 21. Oktober wurde außerdem beschlossen, ab Januar 2005 eine landesweite Erziehungskampagne zur „Wahrung des fortschrittlichen Wesens von Parteimitgliedern“ zu starten. Auch hier solle mittels exemplarischer Modelle vermittelt werden, was es unter den heutigen Bedingungen für die KPCh und ihre Mitglieder heiße, fortschrittlich zu sein und zu bleiben. (RMRB, 25.10.04; Xinhua, 2., 6., 19., 21., 24.10.04, nach BBC PF, 5., 8., 21., 23., 26.10.04; XNA, 3., 20., 21.10.04) -hol-

14 Parteidokument zur ideologischen und politischen Erziehung von Hochschulstudenten

Die insgesamt rund 20 Millionen Hochschulstudenten in China sollen gemäß einem Mitte Oktober publizierten Dokument der KPCh in Zukunft einer intensiveren ideologischen und politischen Erziehung unterzogen werden.

Landesweit wurden Parteiorganisationen und Leitungen von Hochschulen und Universitäten aufgefordert, die Erziehungsmaßnahmen auf den Gebieten moralischer, intellektueller, körperlicher und künstlerischer Qualitäten der jungen Menschen zu verstärken. Ziel sei es, qualifizierte „Erbauer und Nachfolger der Sache des Sozialismus chinesischer Prägung“ heranzubilden, um die weitere Entwicklung des Landes inmitten eines zunehmend scharfen internationalen Wettbewerbs voranzutreiben und das Ziel der Schaffung einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand zu verwirklichen. Trotz der tief greifenden Veränderungen der internationalen Situation und der Situation im eigenen Land gelte es, eine Bildungselite heranzuziehen, die „ihre Partei, ihr Vaterland und den Sozialismus lieben, die Leitlinien, Prinzipien und politischen Entscheidungen der Partei unterstützen, sich voll und ganz mit der Deng-Xiaoping-Theorie und dem wichtigen Gedanken der 'Dreifachen Repräsentation' identifizieren, dem ZK der KPCh mit Genossen Hu Jintao als Generalsekretär volles Vertrauen schenken und zuversichtlich auf dem Pfad des Sozialismus chinesischer Prägung voranschreiten, um das große Ziel der Verwirklichung einer Gesellschaft bescheidenen Wohlstands zu erreichen“.

Zugleich hofft die Parteiführung offenbar, die besten unter den Hochschulstudenten für eine Mitgliedschaft in der KPCh zu gewinnen. So wies Zeng Qinghong, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK, Parteiorganisationen in allen Hochschulen des Landes an, die Arbeit des Parteaufbaus zu intensivieren und der Partei möglichst talentierte Studenten zuzuführen.

Bei Teilen der Studentenschaft, insbesondere unter gut qualifizierten und

karriereorientierten Studenten, scheint die Bereitschaft für eine Parteimitgliedschaft keineswegs gering. Nach wie vor gilt sie als Sprungbrett in einflussreiche Positionen im staatlichen Verwaltungs- oder Unternehmenssektor. Dabei scheinen nicht nur pragmatische karrieretechnische Kalküle eine Rolle zu spielen, sondern auch der Wunsch nach persönlichem Engagement für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes und für die KPCh, die sich diesem Auftrag verschrieben hat. (Xinhua, 15.10.04, nach BBC PF, 17.10.04; XNA, 18.10.04; ST, 16.10.04) -hol-

15 Feierlichkeiten zum 55. Jahrestag der Volksrepublik

Anlässlich des Gründungstages der Volksrepublik vor 55 Jahren beging die parteistaatliche Führung am 1. Oktober erneut diesen Jahrestag und lud zu Feierlichkeiten nach Beijing ein. Nachdem zum fünfzigsten Nationalfeiertag 1999 großer materieller und ideeller Aufwand betrieben worden war, fielen die Feierlichkeiten zum diesjährigen Jubiläum weitaus bescheidener aus (vgl. C.a., 1999/10, Ü 5).

Diese Entscheidung muss im Lichte der vielfach betonten Bescheidenheit und besonderen Volksnähe der neuen Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao gesehen werden, die die Legitimität der Partei erhöhen sollen. Daneben veranlasste die Furcht vor Terroranschlägen zu erhöhten Sicherheitsvorkehrungen, mit dem Effekt, dass die Feierlichkeiten im kleineren Rahmen stattfanden (vgl. C.a., 2004/9, Ü 12).

Nichtsdestoweniger empfing die Parteispitze bereits einen Abend zuvor, am 30. September, rund 4.000 Gäste, zu denen neben vielen internationalen Vertretern auch Delegationen aus den Sonderverwaltungsregionen (SVR) Hongkong und Macau sowie aus Taiwan zählten. Ministerpräsident Wen Jiabao unterstrich in seiner Willkommensrede die erfolgreiche Implementierung der Formel „ein Land, zwei Systeme“, an der auch in Zukunft festgehalten werden solle. Dabei werde den SVR weiterhin ein hoher Grad an Autonomie zugesichert, und die Politik der Zentralregierung werde

weiterhin an den Grundgesetzen beider Territorien ausgerichtet sein. Ferner sprach er sich für die weitere Erhaltung von Prosperität und Stabilität in Hongkong und Macau aus. Mit Bezug auf Taiwan betonte Wen Jiabao das stete Festhalten an den Prinzipien der friedlichen Wiedervereinigung und „ein Land, zwei Systeme“. Diese Aussagen deckten sich mit den zuvor gemachten Ausführungen im Regierungsbericht, den der Ministerpräsident auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März d.J. vorgestellt hatte sowie mit den entsprechenden Passagen in der Resolution der Plenartagung der Zentralkommission (ZK) der KPCh im September (vgl. C.a., 2004/3, Ü 8; Xinhua, 19.9.04).

Neben den Ausführungen zur Hongkong-, Macau- und Taiwanpolitik der Zentralregierung ging der Ministerpräsident in seiner Rede auch auf die Errungenschaften der Kommunistischen Partei Chinas seit der Staatsgründung 1949 ein und blickte dann auf die zukünftigen Vorhaben der Regierung. Zu ihnen zählte er u.a. die Stärkung von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen sowie die Fortführung der Reform- und Öffnungspolitik. Gleichzeitig mahnte er die Verbesserung der Regierungskapazität der Partei an, die bereits während der ZK-Plenartagung im Mittelpunkt gestanden hatte. Gegenüber den Delegationen aus Hongkong und Macau äußerte sich Staatspräsident Hu Jintao in ähnlicher Weise wie Wen Jiabao. Darüber hinaus hob er hervor, dass die Zukunft der SVR insbesondere von der Einheit und den Bemühungen der Bevölkerung in beiden Territorien abhängen.

Im Vorfeld der Feierlichkeiten hatte die Aussage Zhu Yuchengs, dem Direktor des Forschungsinstituts für Hongkong und Macau des Staatsrats, zu Spekulationen geführt, wonach die Zentralregierung eine Neuausrichtung ihrer Hongkongpolitik anstrebe. Zur weiteren Implementierung der Formel „ein Land, zwei Systeme“ beabsichtige sie, den Fokus auf das politische System in Hongkong zu richten und ihre Hongkongpolitik damit an die lokalen Begebenheiten anzupassen, so Zhu Yucheng. Unklarheit herrschte bei Beobachtern vor allem darüber, ob eine solche Neuausrichtung ge-

mäß der so genannten „new social order“ in Hongkong eine stärkere Kontrolle über die SVR zur Folge haben werde, oder ob im Gegenteil der neuen politischen Realität Rechnung getragen werde. Denn die Mehrheit der Hongkonger Wähler hatte sich zuletzt bei den Wahlen zur Legislativversammlung im September für eine weitere Demokratisierung Hongkongs ausgesprochen (zu den Wahlen vgl. C.a., 2004/9, S.1005-1014). Obwohl keine präzisen Aussagen zur künftigen Neuausrichtung der Hongkongpolitik der Zentralregierung gemacht wurden, kann die erstmalige Einladung pro-demokratischer Abgeordneter der Hongkonger Legislativversammlung zu den Feierlichkeiten anlässlich des Nationalfeiertags als positives Signal gewertet werden (vgl. C.a., 2004/9, Ü 27). Darüber hinaus weisen zumindest die Ausführungen in den Reden von Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao, insbesondere die weitere Zusicherung eines hohen Grades an Autonomie, keineswegs auf eine stärkere Kontrolle über die SVR durch die Zentralregierung in Beijing hin. (RMRB, 1.10.04; Xinhua, 30.9.04; XNA, 1.10.04; ST, 1., 2.10.04; CD, 30.9.04; SCMP, 30.9., 2., 5.10.04; IHT, 30.9.04) -kw-

16 Kampf gegen Korruption und Amtsmissbrauch wird fortgesetzt

Nach der Hinrichtung des Vizegouverneurs der Provinz Anhui, Wang Huai-zhong, im Februar d.J. und der Verurteilung des ehemaligen Parteisekretärs der Provinz Guizhou, Liu Fangren, zu lebenslanger Haft im Juni, setzte sich die Aufdeckung von Korruptionsfällen in Funktionärskreisen im Oktober weiter fort (vgl. C.a., 2004/2, Ü 14; 2004/6, Ü 11).

Wie staatliche Medien am 11. Oktober berichteten, entließ die Provinzregierung von Heilongjiang gleich fünf ihrer hochrangigen Führungspersonlichkeiten wegen Verwicklungen in einen Korruptionsskandal. Darunter befanden sich der Vizegouverneur der Provinz, Fu Xiaoguang, der Generalsekretär des Provinzparteikomitees und der Vorsitzende des Obersten Volksgerichtshofs. Die Hintergründe der An-

schuldigungen wurden bislang jedoch nicht bekannt.

Der stellvertretende Bürgermeister von Suzhou in der Provinz Jiangsu, Jiang Renjie, sah sich im Oktober ebenfalls mit dem Vorwurf der Bestechlichkeit konfrontiert. Jiang wurde entlassen, weil er insgesamt 20 Mio. Yuan Bestechungsgelder erhalten haben soll.

Die nordostchinesische Provinz Heilongjiang war bereits in der Vergangenheit als „Korruptionsnest“ bekannt geworden. Prominentes Beispiel ist der frühere Leiter des Ministeriums für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen (*guotu ziyuan bu*), Tian Fengshan, der im Oktober 2003 aus seinem Amt entfernt wurde. Als Grund für seine Entlassung wurde über eine Verwicklung in Korruptionsfälle während seiner Amtszeit als Provinzgouverneur in Heilongjiang von 1995 bis 1999 spekuliert. Sein Verhalten führte im September d.J. schließlich zu seinem Parteiausschluss (vgl. C.a., 2003/10, Ü 6; 2004/9, Ü 9). Insbesondere die Praxis des „Verkaufs“ von Ämtern wurde und wird in Heilongjiang beklagt.

Bei der Aufklärung des jüngsten Korruptionsfalles wurde jedoch wenig über die genauen Vorwürfe bekannt. Selbst vom Rücktritt der fünf Spitzenbeamten erfuhr die Öffentlichkeit erst mit einer Verspätung von zwei Wochen. In der internationalen Presse wird daher von einer möglichen Zensur durch die Partei gesprochen. Wie die *South China Morning Post* spekulierte, könnte es sich bei den Entlassungen in Heilongjiang um eine groß angelegte Umbesetzung von Spitzenpositionen in den drei nordostchinesischen Provinzen handeln, zu denen noch Jilin und Liaoning zählen. Die Umbesetzung solle der wirtschaftlichen Wiederbelebung des ehemaligen Industriegürtels Chinas dienen, welcher vor allem unter hoher Arbeitslosigkeit infolge der Schließung von Staatsbetrieben und weit verbreiteter Korruption unter Kadern leidet, so der Artikel. Als weiteres Indiz für ein solches Vorhaben wird die Neubesetzung des Amtes des Provinzgouverneurs von Jilin mit Wang Min, dem früheren Vizegouverneur der Provinz Jiangsu, angeführt.

Erstmals wurde zur Wiederbesetzung von zweien der fünf vakanten Füh-

rungsämter in Heilongjiang das dem Ministerium für Personalwesen unterstellte Nationale Zentrum für Personalwesen als neutrale Stellenvermittlungsinanz beauftragt. Dies kann als Versuch der Provinzregierung gewertet werden, ihr Image nach der Aufdeckung zahlreicher Korruptionsskandale zu verbessern. Von der Zentralregierung war der Problematik der Korrumpierbarkeit von hochrangigen Kadern und Führungsgruppen zuletzt in der Resolution der 4. Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees der KPCh vom September d.J. besondere Bedeutung zugeschrieben worden. Bereits in der Einleitung der Resolution listete die Parteispitze die weit verbreitete Korruption als eines der größten Probleme auf, die der angestrebten Stärkung der Regierungskapazität der Partei im Wege stünden (vgl. C.a., 2004/7, Ü 6; C.a., 2004/9, Ü 7). Bereits zuvor hatten die im Januar d.J. erstmals veröffentlichten Regelungen zur innerparteilichen Überwachung und die im April beschlossene Maßnahme, die Korruptionsbekämpfung unter die direkte Kontrolle der Zentrale zu stellen, dem hohen Stellenwert des Anti-Korruptionskampfes gerade auch unter Spitzenkadern Nachdruck verliehen (vgl. C.a., 2004/1, Ü 8; 2004/4, Ü 8).

Von jüngsten Anstrengungen berichtete die chinesische Zeitschrift *Liaowang*, wonach die Regierung die Errichtung eines so genannten „Anti-Korruptions-Systems“ in drei Stufen plant. Bis 2007 sollen demnach grundlegende Fortschritte im Kampf gegen Korruption gemacht werden, bis 2010 stehe die Implementierung des Systems im Vordergrund, so dass ein Rückgang der Korruption möglich werde. In der dritten und letzten Phase bis 2020 solle das „Anti-Korruptions-System“ funktionsfähig sein, verbunden mit der Vollendung der „sozialistischen Marktwirtschaft“. Zur tatsächlichen Umsetzung des Vorhabens ist bislang allerdings nichts bekannt. Ein Bericht der chinesischen Zeitschrift *China News Weekly*, wonach etwa zwei Drittel der Verwaltungen auf zentraler und Provinzebene, in denen Korruptionsfälle aufgedeckt worden seien, bislang noch keine Verantwortung für ihr Fehlverhalten übernommen hätten, lässt jedoch Zweifel an der Ef-

ektivität des Anti-Korruptionskampfes aufkommen. (RMRB, 30.9.04, nach BBC PF, 1.10.04; FAZ, 2.10.04; Kyodo News Service, 11.10.04, nach BBC PF, 12.10.04; *Washington Post*, 1.11.04; SCMP, 6., 14., 28.10.04; XNA, 20.10.04) -kw-

17 Erneut Tote nach schwerem Minenunglück im Kohlebergwerk

Am 20. Oktober sind beim jüngsten Minenunglück im staatlichen Daping-Kohlebergwerk nahe der Stadt Xinmi in der zentralchinesischen Provinz Henan nach Regierungsangaben mindestens 141 Bergarbeiter infolge einer Gasexplosion ums Leben gekommen. Zum Zeitpunkt des Unglücks arbeiteten ca. 450 Bergarbeiter in der Mine, davon konnten 298 unverletzt entkommen. Damit handelte es sich um das schwerste Minenunglück in den vergangenen zwei Jahren (vgl. C.a., 2002/4, Ü 20; 2003/9, Ü 8).

Ähnliche Meldungen häuften sich im Monat Oktober: Bei einer Gasexplosion in einem Kohlebergwerk in der Provinz Jiangxi waren neun Personen getötet und über 20 verletzt worden. Ein Minenunglück in einem Kohlebergwerk nahe der Hauptstadt Beijing kostete drei Menschen das Leben. Bei einer weiteren Gasexplosion in einem Kohlebergwerk in der Provinz Liaoning starben 15 Bergarbeiter.

Wie Statistiken der Staatlichen Behörde für Produktionssicherheit zeigen, starben in den ersten neun Monaten dieses Jahres insgesamt 4.153 Menschen bei Minenunglücken – eine Zahl, die immerhin 13% unter der des letzten Jahres liegt. Pro Jahr sterben chinesischen Statistiken zufolge etwa 7.000 Bergarbeiter in Chinas Kohlebergwerken. Demgegenüber beziffert die unabhängige Hongkonger Gewerkschaftszeitschrift *China Labor Bulletin*, welche für den Schutz von Arbeitsrechten und Arbeitsstandards auf dem chinesischen Festland eintritt, die Anzahl der Bergarbeiter, die bei Minenunglücken ums Leben kommen, mit 20.000 pro Jahr deutlich höher. Die meisten Grubenunfälle ereignen sich in illegal betriebenen Kohleminen, deren Anzahl in den vergangenen Jahren aufgrund des steigenden Energiebedarfs drastisch angestiegen ist. Doch

werden selbst den staatseigenen Kohlebergwerken unzureichende Investitionen in die Arbeitssicherheit vorgeworfen.

Aufgrund der Häufung von Minenunglücken in den letzten Jahren hatte die Regierung zwar verbesserte Sicherheitsvorkehrungen per Gesetz angestrengt, wiederholt Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen und sogar die Schließung von Bergwerken mit unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen betrieben, die hohe Zahl an Unfällen konnte jedoch kaum verringert werden. Immer noch sind nachlässiger Umgang mit Sicherheitsbestimmungen durch lokale Betreiber anzutreffen, häufig in Verbindung mit Bestechungsfällen. Vielfach ist dies der übermäßigen Kohleförderung zuzuschreiben, die an die Kapazitätsgrenzen der Bergwerke stößt. Sie wird betrieben, um der großen Nachfrage gerecht werden zu können, so der Vizedirektor der Staatlichen Behörde für Produktionssicherheit Sun Huashan.

Zur Unterstreichung staatlicher Bemühungen um größere Arbeitssicherheit in chinesischen Kohlebergwerken entsandte der Staatsrat eine hochrangige Gruppe von 14 Kadern und Experten unter der Leitung von Hua Jianmin, dem Generalsekretär des Staatsrats, einen Tag später nach Henan, um den Unfallort zu inspizieren und die Rettungs- bzw. Bergungsaktion zu leiten. Eine Woche später berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua von einer 24-köpfigen Expertengruppe, welche die Ursachen für das Minenunglück aufklären soll. Infolge des Minenunglücks beriet der Staatsrat unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao darüber hinaus über einen Gesetzesentwurf zur Kontrolle von Arbeitssicherheitsvorkehrungen. Ein solches Gesetz soll die Überwachung der Arbeitssicherheit standardisieren und die Rechte und Interessen der Arbeiter schützen. Dieser Gesetzesentwurf soll dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zur Beratung vorgelegt werden. Als weiterer Schritt zur Verbesserung der Arbeitssicherheit wird von möglichen Schließungen von in Gemeindebesitz befindlichen Kohleminen als Teil einer Reorganisation der Kohleindustrie gesprochen.

Auch wenn die Vorkehrungen zur Arbeits- und Produktionssicherheit in der chinesischen Industrie weiter Mängel aufweisen und die Zahl der Arbeitsunfälle kaum rückläufig ist, so sind trotzdem einzelne Beispiele anzuführen, die auf ein zunehmendes Verantwortlichkeitsbewusstsein und ein härteres Durchgreifen von Vorgesetzten hinweisen. Im Februar machte der Provinzgouverneur von Jilin, Hong Hu, Schlagzeilen, als er sich als Verantwortlicher für Produktionssicherheit öffentlich für den Brand in einem Einkaufszentrum im Februar d.J. entschuldigte, bei dem 53 Menschen getötet und 70 verletzt wurden. Ein solcher Vorgang ist bislang einmalig. Des Weiteren kündigte das Büro für Produktionssicherheit der Provinz Hebei Ende Oktober an, die Verantwortlichen für einen Chemieunfall im Februar, bei dem 13 Menschen starben, hart bestrafen zu wollen. In ähnlicher Weise möchte die Lokalregierung in Chongqing verfahren, wo im April ein weiterer Chemieunfall das Leben von neun Arbeitern forderte. (SCMP, 5., 21., 22., 28.10.04; ST, 22.10.04; BBC News, 22.10.04; Xinhua, 21.10.04; XNA, 21., 22., 25., 27., 29., 30.10.04; CD, 28., 30., 31.10.04; FAZ, 22.10.04; www.chinalabour.org.hk/iso/) -kw-

18 Artikel in der *China Daily* greift Debatte um Patriotismus vs. Nationalismus auf

Am 21. September veröffentlichte die größte englischsprachige Tageszeitung Chinas, die *China Daily*, einen Artikel von Prof. Chen Yanru von der Universität Xiamen, Provinz Fuzhou. Dieser nahm die Debatte um Patriotismus und Nationalismus in China auf, indem er sich mit dem Phänomen des Patriotismus als einer von der zentralchinesischen Führung initiierten Mobilisierungsstrategie beschäftigte. Seine Veröffentlichung in einem englischsprachigen Medium hob die Bedeutung des Diskussionsgegenstandes deutlich hervor, wurde damit doch die Kenntnisnahme durch internationale Beobachter gewährleistet. In der Folge griff beispielsweise die *Neue Zürcher Zeitung* den Diskussionsgegenstand und Prof. Chens Ausführungen dazu auf.

Prof. Chen ging in seinem Artikel „Pondering over patriotism“ auf den Vorwurf der internationalen Gemeinschaft ein, im zeitgenössischen China seien nationalistische Tendenzen zu beobachten. Diese Anschuldigung versuchte er, anhand einer definitiven Abgrenzung der beiden Begriffe Patriotismus (*aiguo zhuyi*) und Nationalismus (*minzhu zhuyi*) zu entkräften. Nach chinesischem Verständnis sei Patriotismus eine historisch gewachsene Zuneigung zum eigenen Land. Im Gegensatz zum Nationalismus impliziere die Liebe zum eigenen Land allerdings keinesfalls Feindseligkeiten gegenüber anderen Ländern und Kulturkreisen oder gar Selbstisolation. Der Meinung, Patriotismus habe im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung seine Relevanz verloren, stimmte der Autor nicht zu. Vielmehr müsse die Bevölkerung ihr eigenes Land lieben, um sich in der Konkurrenz mit anderen Ländern behaupten zu können. Im heutigen China begründe sich der Aufruf zum Patriotismus in dem Versuch, das chinesische Volk zu vereinen, um das gemeinsame Ziel einer Wohlstandsgesellschaft erreichen zu können. Angesichts der Schwankungen zwischen Gefühlen der Minderwertigkeit und der Überlegenheit nach dem „Jahrhundert der Demütigung“, als die Niederlage im ersten Opiumkrieg 1840/42 Chinas traumatische Erfahrungen mit den kolonialen Mächten prägte, komme der jetzigen chinesischen Regierung die Aufgabe zu, ein gesundes und ausgewogenes nationales Selbstvertrauen zu entwickeln. Denn blinder Stolz auf das kulturelle Erbe sei genauso gefährlich wie die Herabsetzung der eigenen Kultur. In der jüngsten Vergangenheit hätten der Umgang mit Katastrophen wie die Überschwemmungen im Sommer 1998 und der Ausbruch der Lungenkrankheit SARS im Frühjahr 2003 gezeigt, welche vereinigende Kraft patriotische Gefühle hervorbrächten, die sich positiv auf ganz China auswirken könnten, so die Ausführungen des Autors.

Als traumatisierende Erfahrungen lassen sich neben dem Opiumkrieg weitere Beispiele in der jüngsten Geschichte in China nährten. Zum einen sollten die Ressentiments auch junger Chinesen gegenüber Japanern nicht unterschätzt werden, von denen Chinesen

aller Altersgruppen bis heute eine Entschuldigung für die Gräueltaten während des Zweiten Weltkriegs in China erwarten. Nach ihrer Meinung könne nur so eine Aussöhnung zwischen beiden Völkern herbeigeführt werden. Ebenso spielt die Abspaltung Taiwans eine große Rolle. Eine allzu beschönigende Interpretation des chinesischen Nationalstolzes im Sinne eines „gesunden Patriotismus“, wie sie Prof. Chen vornahm, sollte vor diesem Hintergrund nicht zu der Annahme verleiten, dass es daneben nicht auch nationalistische Tendenzen in China gibt. Denn einige tiefe Wunden sind immer noch offen. (NZZ, 18.10.04; CD, 21.9.04) -kw-

19 Internationaler Literaturpreis für verbotene Reportage über Chinas Bauern

Ein von der chinesischen Führung verbotenes Buch über die Situation der ländlichen Bevölkerung in China hat den diesjährigen „Lettre Ulysses“-Literaturpreis für Reportageliteratur erhalten.

Die beiden Koautoren Chen Guidi (geb. 1943) und Wu Chuntao (geb. 1963) erhielten auf dem Festakt Anfang Oktober in Berlin den mit 50.000 Euro dotierten ersten Preis für ihr Buch *Ein Bericht über die Lage chinesischer Bauern*. In eindrücklicher Weise hatten sie darin die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensbedingungen der rund 900.000 Bauern in China geschildert und zahlreiche Beispiele von Korruption, Rechtlosigkeit, übermäßiger finanzieller Belastung, Amtswillkür, Gewaltkonflikten und anderen Missständen auf Dorfebene aufgeführt. Der Text war Ende 2003 zunächst in mehreren Folgen in der anerkannten Literaturzeitschrift *Dangdai* (Gegenwart) publiziert und angesichts des großen Erfolgs von 100.000 verkauften Exemplaren schließlich vom Verlag für Volksliteratur in Buchform mit einer Auflage von 150.000 gedruckt worden. Im März d.J. wurde das Buch von höchster Stelle mit einem Verkaufsverbot belegt, was umso überraschender erschien, als die parteistaatliche Führung sich die Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung selbst auf die Fahnen ge-

schrieben hat und dem Thema seit 2003 und besonders in der ersten Jahreshälfte 2004 in den staatlichen Medien große Prominenz geschenkt wurde. Seit dem offiziellen Verbot des Buches zirkulierten auf dem heimischen Markt nur noch Raubkopien des Buches, von dem inzwischen rund 7 Mio. Exemplare verkauft worden sein sollen (C.a., 2004/7, Ü 9).

Der „Lettre Ulysses“-Preis für Reportageliteratur wurde im Jahr 2003 von dem Kulturmagazin *Lettre Internationale* in Kooperation mit der Aventis-Stiftung und dem deutschen Goethe-Institut ins Leben gerufen. Die internationale Auszeichnung soll jährlich vergeben werden, um die internationale Aufmerksamkeit auf hervorragende Werke der Reportageliteratur zu lenken. Die elfköpfige Jury (darunter Zhao Xinshan aus China) hatte sich für die Verleihung des ersten Preises an Chen Guidi und seine Frau Wu Chuntao entschieden, weil ihr Buch „sehr bedeutsam“ sei und „aus einem Land stammt, wo die Tradition der Reportageliteratur aus offensichtlichen Gründen mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat“, so Isabel Hilton, britisches Mitglied der Jury. Ihren eigenen Angaben nach erfuhren die beiden Autoren erst während des Festakts selbst von der Auszeichnung ihres Buches. Auszüge der für die Preisverleihung nominierten Werke finden sich in deutscher Übersetzung in der Zeitschrift *Lettre Internationale*, Ausgabe No.66. (www.lettre-ulysses-award.org; SZ, 2.10.04; ST, 4.10.04) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

20 Ministerien mit Beschäftigungssituation der Hochschulabsolventen zufrieden

Vertreter der mit der Unterbringung der Hochschulabsolventen befassten Ministerien und Organisationen (Erziehungs-, Personal- und Arbeitsministerium sowie Kommunistische Jugendliga) zeigten sich Korrespondenten der *Volkszeitung* gegenüber zufrieden mit den bis zum 1. September erreichten Ergebnissen. Bis zu die-

sem Datum hatten 73% der diesjährigen Absolventen öffentlicher tertiärer Bildungseinrichtungen eine Anstellung gefunden, 3% mehr als im Vorjahr. Im Einzelnen hatten reguläre Absolventen (*undergraduate*) zu 84% Erfolg, Postgraduierte zu 93% und Absolventen höherer Berufs- und Fachschulen zu 61% – bei Letzteren lag die Beschäftigungsrate immerhin 6% höher als im Vorjahr. Dabei war insgesamt die Anzahl der Absolventen gegenüber 2003 um 680.000 oder um 32% auf 2,8 Mio. angewachsen.

Die Stadt Shanghai konnte noch größere Erfolge vermelden. Hier hatten bis zum 1. September 90,52% der Absolventen eine Anstellung gefunden, darunter Postgraduierte zu 96%, reguläre Absolventen zu 93,25% und Absolventen von Berufs- und Fachhochschulen zu 85,27%. Einzig bei den Postgraduierten blieb die Zahl unter der des Vorjahres.

Als Gründe für die erfolgreichere Unterbringung der Absolventen wurden entsprechende Beschlüsse der Ministerien und vereinte Anstrengungen auf allen Ebenen genannt. So richteten 30 Provinzen, Bezirke und Städte Koordinationsmechanismen und Berichtssysteme ein, mit dem Ziel, den Prozess der Jobsuche und -findung möglichst in eine Hand zu geben.

Zufrieden zeigten sich die Verantwortlichen auch mit dem Ergebnis ihrer Bemühungen, die Absolventen zum freiwilligen Dienst „an der Basis“ in den Westprovinzen zu bewegen. Hier haben sich 6.212 neue Freiwillige gefunden, sodass die Gesamtzahl um über 4.000 auf 10.000 stieg. Bei diesem Dienst geht es vor allem um die Unterstützung armer Regionen im Bildungs-, Gesundheits- und Agrarbereich. (RMRB, 29.9.04; GMRB, 20.10.04) -gs-

21 China sieht sich als Nummer Eins im Hochschulbereich

Für das laufende Jahr 2004 meldete die Beijing *Volkszeitung*, dass sich insgesamt 19% aus der Altersgruppe der 18- bis 22-Jährigen an Hochschulen in China eingeschrieben haben. Mit dieser Bruttoregulation der Hochschulzulassungen (*gross university entrance rate*), die in den letzten Jahren jährlich um 2% gestiegen sei, habe

man nun die USA überholt und sei zur Nummer Eins weltweit geworden.

Im Jahre 2004 haben die chinesischen Hochschulen 4,2 Mio. neue Studenten aufgenommen, 400.000 mehr gegenüber 2003; damit erreichten 50% der Teilnehmer an den Aufnahmeprüfungen eine Zulassung. Mit insgesamt über 20 Mio. Chinesen, die an tertiären Bildungseinrichtungen studieren, bleibt China allerdings nach Aussage des Erziehungsministers Zhou Ji bei der Bildungsbeteiligung an Hochschulen (*enrollment rate at universities*) noch hinter den USA, Russland und Japan zurück. Für 2010 strebe man hier eine Rate von 23% an. Der Minister kündigte anlässlich der Eröffnung des ersten Hochschul-Evaluationszentrums weiter an, dass man zusätzlich zu der seit 1994 erfolgenden qualitativen Beurteilung der Hochschulen nun auch Prozessdaten erheben wolle wie z.B. die Beschäftigungsrate von Hochschulabsolventen. Zum Ranking der Hochschulen erklärte er, dass bis Ende 2003 296 evaluiert worden seien, von denen 16 „excellent“ und 192 „qualified“ beurteilt wurden.

Als Zeichen der Anerkennung für das chinesische Hochschulwesen wertete das Bildungsministerium auch die gestiegene Zahl ausländischer Studenten, von denen sich 2004 wahrscheinlich 86.000 einschreiben werden; die meisten davon kommen aus anderen asiatischen Ländern. Vor 20 Jahren habe es nur 8.000 ausländische Studenten in China gegeben. (ST, 4.10.04; XNA, 26.10.04; RMRB, 28.10.04) -gs-

22 Förderung armer Studenten

In einem ausführlichen Interview mit der *Guangming Ribao* (16.09.04) nahm der stellvertretende Bildungsminister zur Förderung armer Studenten Stellung. Seit 1999 entwickle sich das Hochschulwesen in rasantem Tempo. Ende 2003 seien 12 Mio. Studenten an öffentlichen Hochschulen eingeschrieben, darunter 650.000 Postgraduierte. Nach den Neuaufnahmen im Herbst 2004 seien es sogar 13,5 Mio. Studenten einschließlich 800.000 Postgraduierte. Mit der Ausweitung der Immatrikulationen habe aber auch die Zahl der armen Studenten zugenommen. Eine Untersuchung habe ergeben, dass Ende 2003 rund 20% aller